

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB  
zum 100. Geburtstag  
der IG Metall: Eine  
Kampfkraft des Fort-  
schritts.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein  
MdB zum Tag der Um-  
welt: Abschied von der  
Trägheit.

Seite 2

Christoph Matschie  
MdB zum 24. Evangeli-  
schen Kirchentag: Der  
globalen Herausforde-  
rung gerecht werden!

Seite 4

Hans Büttner MdB zu  
den sozialpolitischen  
Konsequenzen der  
Bonner Standortvor-  
schläge: Endlich auf  
Abrüstung einstellen!

Seite 5

46. Jahrgang / 104

5. Juni 1991

### Eine Kampfkraft des Fortschritts

Zum 100. Geburtstag der IG Metall

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Als am 4. Juni 1891, nachmittags, ein in Frankfurt tagender Kongreß eine Resolution beschloß, daß eine "allgemeine Metallarbeiter-Union mit nach Lage der Verhältnisse errichtenden örtlichen Fact. 'tionen" gegründet werden solle, war aus den Fachverbänden der Mechaniker nach langen und erbitterten Diskussionen der erste und wichtigste Vorläufer der IG Metall, der "Deutsche Metallarbeiter-Verband" (DMV) entstanden. Das Organisationsprinzip, eine Solidarunion aller Metallarbeiter über die traditionellen Berufsgrenzen hinweg, war im ausgehenden 19. Jahrhundert ungewöhnlich und sollte sich als ausgesprochen zukunftsweisend herausstellen.

Als im Umfeld der sozialdemokratischen Parteigründung auch Gewerkschaftsverbände entstanden, hatte es immer wieder Versuche gegeben, eine einheitliche Metallgewerkschaft zu gründen, aber die bereits bestehenden Berufsverbände hielten hartnäckig an ihrer Eigenexistenz fest. Erst die Erfahrungen mit dem Sozialistengesetz und einem Obrigkeitsstaat, der auch die Gewerkschaften drangsalierte, halfen den Gedanken der berufsübergreifenden Einheit mehr und mehr zu verbreiten und durchzusetzen. Dies war nicht nur die Geburtsstunde des DMV, dies war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur modernen Industriegewerkschaft.

Wie die Gewerkschaften insgesamt, erlebte auch der DMV in den nachfolgenden Jahrzehnten Höhen und Tiefen. Dem Sturz des Obrigkeitsstaates und der Durchsetzung des Acht-Stunden-Tages folgten Inflation, Massenarbeitslosigkeit und schließlich die grausame Hitler-Diktatur, die das Ende aller freien Gewerkschaften und das Ende aller Versuche, Demokratie zum Prinzip des politischen und gesellschaftlichen Geschehens zu machen, bedeutete. Aus diesen Erfahrungen lernend, kam es nach 1945 zum Zusammenschluß des DMV mit dem christlichen und dem liberalen Metallarbeiterverband und zur Gründung der IG Metall.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit wertvollen Ressourcen  
Recycling-Papier



Diese IG Metall, die sich nicht nur zur stärksten Gewerkschaft in der Bundesrepublik Deutschland, sondern zur größten Einzelgewerkschaft in der ganzen Welt entwickelte, hat in der Nachkriegszeit durch ihren Einsatz und ihre Kampfkraft viele Fortschritte erreicht und manches gesellschaftspolitische Tabu durchbrochen.

Erinnert sei an die Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1951. Erinnert sei an die Durchsetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter und durch den schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik 1956/57, bei dem ein Durchbruch zur Abschaffung der Ungleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten erzielt wurde. Erinnert sei an die ersten Rationalisierungsschutzabkommen. Erinnert sei an die schrittweise Einführung der 40-Stunden-Woche in den 50er und 60er Jahren und an den Durchbruch zur 35-Stunden-Woche Mitte der 80er Jahre.

Die IG Metall kümmert sich jedoch nicht nur um die klassischen Interessen der Arbeitnehmer, sie engagiert sich auch in so wichtigen Fragen wie dem Schutz der natürlichen Umwelt. Wenn die Metaller zum Beispiel weiterhin Autos bauen wollen, dann können und dürfen dies nicht die gleichen Autos wie in der Vergangenheit sein. Deshalb bemüht sich die IG Metall nicht nur um umweltfreundliche Autos, sondern um ein Gesamtkonzept, das alle Fragen der modernen Verkehrspolitik zu beantworten versucht.

Konservative behaupten, das Zeitalter der Gewerkschaften gehe zu Ende. Wenn die IG Metall so weiter macht, dann darf man ihr viel Glück für die nächsten 100 Jahre wünschen.

(-/5. Juni 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Abschied von der Trägheit** **Zehn Forderungen zum Tag der Umwelt**

**Von Dr. Liesel Hartenstein MdB**  
**Stellvertretende Vorsitzende des Bundestags-Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und  
Reaktorsicherheit**

Die Natur ist aus dem Gleichgewicht. Und wir sind selbst schuld daran.

Heute ist klar, daß mehr als die Hälfte aller Schäden, die seit Beginn der Neuzeit der Erde zugefügt wurden, auf das Konto der letzten 30 Jahre gehen, also Folge einer weltweiten forcierten Industrialisierung sind, die kein Ökosystem verschont hat.

Im letzten Jahrzehnt haben sich vor allem zwei erschreckende Tendenzen deutlich gezeigt:

- eine zunehmende Beschleunigung der Umweltzerstörungen und
- eine Globalisierung der ökologischen Krisen.

Die Liste der globalen Gefährdungen ist lang:

- Vergiftung der Böden und Gewässer durch Pestizide und andere Chemikalien,
- Ausdehnung der Wüstengebiete um acht bis zehn Millionen ha pro Jahr infolge Abholzung, Überweidung und großflächiger Erosion,
- Verknappung der Trinkwasservorräte; über 40 Länder werden schon in absehbarer Zeit keine ausreichende Wasserversorgung mehr haben,
- rapide Vernichtung der tropischen Regenwälder, jede Minute werden 38 ha unwiederbringlich zerstört; schon um die Jahrtausendwende werden Tropenländer wie die Eifenbeinküste, Nigeria und die Philippinen ihre gesamten Waldbestände verloren haben,

- Verlust des Artenreichtums der Erde; tagtäglich sterben fünf bis zehn Pflanzen- und Tierarten aus,
- Aufheizung der Erdatmosphäre durch den Treibhauseffekt, der schon bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts zu einem mittleren Temperaturanstieg von vier bis sechs Grad Celsius führen kann, mit der Folge der Versteppung fruchtbarer Gebiete, des Absterbens der nördlichen Wälder, der Überflutung der Küstengebiete durch die Erhöhung des Meeresspiegels.

Noch nie ist die Menschheit so zülsicher auf den Abgrund zugerannt, noch nie war aber das Wissen um die Gefahren und um deren Ursachen so weit verbreitet wie heute, und noch nie hatten die Menschen so viele technische Mittel zur Abwehr in der Hand.

Alle wissen Bescheid - und trotzdem geschieht fast nichts. Einer der Gründe ist die abgrundtiefe Feigheit der politisch Handelnden, die nicht den Mut zu einer wirklichen Kursänderung aufbringen und sich, trotz besserem Wissen, immer wieder mit Reparaturmaßnahmen zufriedengeben. Die Zeit des reparierenden Umweltschutzes ist aber längst vorbei. Als ob es noch etwas zu reparieren gäbe, wenn die tropischen Wälder vernichtet sind, wenn Millionen Tier- und Pflanzenarten bereits ausgerottet sind, wenn die Hautkrebs erzeugende UV-Strahlung ungehindert durch die durchlöcherte Ozonschicht dringt!

Der Feigheit der politisch Verantwortlichen arbeitet der menschlichen Trägheit in die Hand. Wir sind entsetzt über Hunderttausende von Ertrunkenen in Bangladesh - und ändern nichts an unseren lieb gewordenen Gewohnheiten. Ob nach der Chemiekatastrophe von Bhopal, der Reaktorexlosion von Tschernobyl, der Rheinverseuchung durch Sandoz, den Ölkatastrophen vor Alaska und vor Genua, den Februarorkanen über Westeuropa - sobald der erste Schock verfliegen ist, sobald die Wellen der Erregung abgeebbt sind, wendet sich die öffentliche Diskussion wieder anderen Themen zu. Man will seinen Alltagsfrieden wieder haben. Das ist der Augenblick, wo sich die Regierenden wieder behaglich zurücklehnen können in den Stühlen der Macht. Der "Konsens der Verdrängung", von dem Robert Jungk spricht, funktioniert. Die Trägheit nützt den Profiteuren der Zerstörung.

Noch haben wir die ungeheure Chance, die Gefahren abzuwehren und das Überleben der Menschen auf dem Planeten Erde zu sichern. Aber wir müssen umsteuern, ohne Zeitverzug und mit Konsequenz.

Was ist notwendig?

1. Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung müssen oberste Priorität haben, um die in Jahrmlionen angesammelten Ressourcen der Erde zu schonen und die klimaschädlichen Gase bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts zu halbieren.
2. Sofortiger Verzicht auf FCKW und andere ozongefährdende Chemikalien, um die schützende Ozonhülle des blauen Planeten zu bewahren.
3. Ablösung des rohstoffverschwendenden Wegwerfsystems durch Abfallvermeidung und eine vernünftige Recyclingwirtschaft.
4. Umstrukturierung unseres Verkehrswesens mit Vorrang für die umweltfreundlichen Transportsysteme Schiene und ÖPNV.
5. Umstellung unserer Landwirtschaft: weg von der industriellen, teure Überschüsse erzeugenden und umweltschädlichen Agrarproduktion und hin zu einer extensiven, naturverträglichen Landbewirtschaftung in dezentralen bäuerlichen Betrieben.
6. Lösung der Schuldenkrise der Dritten Welt, mit Schuldenerlaß für die ämsten Länder, um den Zwang zur Devisenerwirtschaftung und damit zum Raubbau an den eigenen Lebensgrundlagen zu mildern.

7. Transfer umweltfreundlicher und ressourcenschonender Technologien in die Entwicklungsländer, insbesondere im Bereich der Nutzung regenerativer Energien wie der Solarenergie.
8. Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die die krassen Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd schrittweise beseitigt und den Aufbau sozial- und umweltverträglicher Strukturen in der Dritten Welt ermöglicht.
9. Abschluß einer Internationalen Weltklimakonvention, bei der sich alle UN-Mitgliedstaaten zu festen Reduktionsquoten der klimazerstörenden Emissionen verpflichten.
10. Einrichtung einer Internationalen Öko-Eingreiftruppe unter dem Dach der Vereinten Nationen, die bei Umweltverbrechen durch Kriegshandlungen (wie beim Golfkrieg) oder bei schweren Naturkatastrophen eingesetzt werden kann. Parallel zur friedenssichernden Mission der Blauhelme könnten "Grünhelme" eine umweltsichernde Mission übernehmen.

Die Industrieländer müssen vorangehen,

- weil sie die Hauptverursacher der globalen Ökokrise sind; sie verbrauchen 3/4 der Rohstoffe und der Weltenergieproduktion für sich und produzieren 80 Prozent der klimazerstörenden Emissionen
- weil sie das technische Knowhow und die finanziellen Mittel besitzen, um neue Wege einzuschlagen
- weil das Modell der westlichen Industriegesellschaften auch zum Entwicklungsmodell für die Dritte Welt geworden ist.

"In der Dritten Welt wird sich nichts ändern, wenn sich in den Industrieländern nichts ändert", sagt Jose Lutzenberger, der brasilianische Umweltschützer und heutige Umweltstaatssekretär. Das heißt, wer in den Ländern der Dritten Welt sanfte statt harte Technologien durchsetzen will, wer anstelle von Großkraftwerken eine dezentrale Energieversorgung aufbauen will, wer den Schienenverkehr statt den Autoverkehr fördern will, kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Industrieländer selbst vorexerzieren, daß dieser Weg gangbar ist.

Das letzte Jahrzehnt des zu Ende gehenden Jahrhunderts gibt uns eine - vielleicht - letzte Chance. Allerdings nur dann, wenn wir die Kraft aufbringen, uns von der blinden Gier des Immer mehr und Immer größer zu befreien, uns von der wohlíg dumpfen Gewöhnung an einen verschwenderischen Lebensstil loszusagen, Abschied zu nehmen von der Trägheit.

(-/5. Juni 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Der globalen Herausforderung gerecht werden!**

**Zum 24. Evangelischen Kirchentag**

**Von Christoph Matschie MdB**

**Stellvertretender entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Am heutigen Mittwoch beginnt der 24. Evangelische Kirchentag im Ruhrgebiet. Seit 1954 ist es der erste Kirchentag, an dem wieder alle Christen aus Ost und West teilnehmen können. Seit dem letzten Kirchentag 1989 - in der damals noch geteilten Stadt Berlin - ist viel geschehen. Ganz Osteuropa hat sich durch demokratische Revolutionen von seinen stalinistischen Diktaturen befreit. Sicher auch im Rückblick auf diese Ereignisse wähite man die Losung "Gottes Geist befreit zum Leben".

Nach den positiven Entwicklungen in Europa trat schon bald Ernüchterung ein. Der Golfkrieg zu Beginn des Jahres ließ erkennen, daß trotz seiner grausamen Folgen immer noch viele

Menschen Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung ansehen, der Nord-Süd-Konflikt wurde nicht entschärft und der Vernichtung der Schöpfung wurde nicht Einhalt geboten.

Somit zeigt die Kirchentagslösung auch ihre Dimension als Herausforderung für die Zukunft. Es stellt sich für uns Christen die Frage, wie wir im Rahmen des Konziliaren Prozesses für mehr Frieden und Gerechtigkeit sorgen können und die Schöpfung wirksamer schützen können.

Wenn wir mehr Gerechtigkeit wollen, dürfen wir die Kirchentagslösung nicht nur für uns gelten lassen. Unser Wohlstand geht auf Kosten der armen Länder der Welt. Einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, an der wir als Industrieland maßgeblichen Anteil haben, müssen wir etwas entgegensetzen, damit unser Ruf nach Gerechtigkeit nicht zur leeren Floskel wird.

Vom Kirchentag erhoffe ich deutliche Signale für ein Leben in Frieden und Gerechtigkeit auf der ganzen Welt.

(-/5. Juni 1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Endlich auf Abrüstung einstellen!**

**Zu den sozialpolitischen Konsequenzen der Standortvorschläge des Bundesverteidigungsministeriums**

**Von Hans Böttner MdB**

**Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Südbayern**

I.

Rund 600.000 Soldaten standen noch im vergangenen Jahr auf dem Boden der alten Bundesrepublik und den fünf neuen Bundesländern unter Waffen. Bis 1994 dürfen es nur noch 370.000 Soldaten sein. Dies schreibt der deutsch-sowjetische Vertrag vor, der den Weg zur Einigung Deutschlands freigemacht hat. Und diese Entscheidung war auch richtig: Den Warschauer Pakt, das östliche Verteidigungsbündnis, gibt es seit einigen Wochen nicht mehr. Bis 1994 sollen auch sämtliche sowjetische Truppen die fünf neuen Länder verlassen haben. Die Bedrohung aus dem Osten, wenn sie denn jemals so stark gewesen war, hat nach der Demokratisierung in den Ländern Ostmitteleuropas drastisch abgenommen. Eine gesamtdeutsche Bundeswehr mit 370.000 Mann unter Waffen kann unsere Verteidigung sicher garantieren.

II.

Die deutsche Einigung führt also zur Abrüstung. Das ist gut! Doch wie wenig die Regierungskoalition auf Abrüstung eingestellt ist, zeigt der bisherige Weg in der Umsetzung des Truppenreduzierungsvertrages: Bereits bis zum Beginn diesen Jahres hätte das Verteidigungsministerium Vorschläge zum struktur- und sozialverträglichen Truppenabbau vorlegen sollen. Denn betroffen von dieser Abbaumaßnahme sind nicht nur die Soldaten, sondern auch die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr, die betroffenen Kommunen und Landkreise sowie die Beschäftigten der Betriebe, die unsere Armee mit Waffen bestücken. Truppen- und Rüstungsabbau spart zwar langfristig Geld im Verteidigungsetat, in der Phase der Umsetzung kostet sie jedoch. Dieses vernünftig einzusetzen, Mittel entsprechend umzuschichten, ist die Aufgabe des Parlaments im Rahmen der Haushaltsplanung. Doch statt, wie zugesagt, bereits bis Februar diesen Jahres die Pläne auf den Tisch zu legen, lieferte das Haus Stoltenberg erst Ende Mai, knapp 14 Tage vor der abschließenden Haushaltsberatung im Bundestag, erste standortbetreffende Vorschläge. Und diese zeigen bereits jetzt: Die Hausaufgaben im Zuge der Abrüstung stehen erst noch bevor!

III.

Mit mehrmonatiger Verspätung hat Minister Stoltenberg Ende Mai die Standortvorschläge und daraus folgenden Reduzierungen der militärischen Präsenz dem Parlament bekannt gegeben. In Bayern werden rund 15 bis 20 Prozent der Soldaten abgebaut, kleinere Standorte aufgelöst, größere wesentlich reduziert und umstrukturiert. Dabei muß den Militärs zugute gehalten wer-

den, daß sie durchaus in ihre Überlegungen strukturpolitische Komponenten mit eingebracht haben.

Nichts verläutet aus dem Hause Stoltenberg allerdings bis heute, wie groß der Abbau im zivilen Beschäftigungsbereich der Bundeswehr sein wird, wie und welche Bundeswehrliegenschaften zu welchen Bedingungen an Kommunen zurückgegeben werden und welche Vorstellungen man über ein sozialverträgliches Rückverfahren der Rüstungsproduktion hat.

In einer Anfrage an die Bundesregierung habe ich deshalb darüber Aufklärung verlangt. Denn, wenn der Abbau sozialverträglich und strukturpolitisch sinnvoll erfolgen soll, müssen die politischen und finanziellen Weichen dafür noch in den nächsten Wochen gestellt werden.

#### IV.

Die Konzepte, die die Hardthöhe bisher dafür ausgebrütet hat, sind wenig vertrauenserweckend. Unter sozialverträglichem Abbau im zivilen Bereich versteht die politische Führung des Hauses Stoltenberg Versetzungszumutungen bis zu 120 km vom Wohnort entfernt. Als strukturpolitisches Angebot zum Verkauf von Bundeswehrliegenschaften an die Gemeinden, betrachtet das gleiche Haus seinen Vorschlag, Gelände und Anlagen 15 Prozent unter dem Verkehrswert der Kommunen anzubieten, wenn sie diese für Wohn- oder Schulzwecke verwenden wollen. Solche Konzepte reichen jedoch für einen sozialverträglichen und strukturpolitisch sinnvollen Umbau nicht aus.

Wir Sozialdemokraten haben dagegen ein klares Alternativkonzept:

- 1) Für soldatische und Zivilbeschäftigte der Bundeswehr müssen groß angelegte Weiterbildungs- und Umschulungsangebote, ähnlich den Beschäftigungsprogrammen in den fünf neuen Bundesländern, angeboten werden.
- 2) In Kooperation mit den infrage kommenden Einrichtungen der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) müssen wohnortnahe Alternativarbeitsplätze verhandelt und bereitgestellt werden.
- 3) Für ältere Arbeitnehmer muß ein Vorruhestandsprogramm ähnlich wie in den neuen Ländern, vorgesehen werden, das ein Ausscheiden aus dem Arbeitsleben auch finanziell ermöglicht. Dazu müssen die Bestimmungen der Zusatzversorgung Bund-Länder (VBL) sowohl finanziell wie auch inhaltlich geändert werden.
- 4) Von Standortschließungen betroffene Gemeinden müssen die Gelegenheit erhalten, Bundeswehrliegenschaften flexibel auch zu günstigeren Preisen zu erwerben, die mindestens 50 Prozent unter dem Verkehrsweg liegen.
- 5) Auch die vom Rüstungsabbau betroffenen Betriebe im zivilen Bereich müssen bei der Umstellung ihrer Produktion auf andere Güter für eine Übergangszeit finanzielle Unterstützung erhalten, um eine arbeitsplatzvernichtende betriebswirtschaftlich orientierte Reduktionspolitik der einzelnen Unternehmen zu verhindern. Deshalb fordern Sozialdemokraten im Bund, daß Mittel aus dem Verteidigungsetat zu solchen sozialen Absicherungs und Konversionsmaßnahmen bereitgestellt werden.

Konsequente Abrüstung sichert den Frieden. Ihre Umsetzung erfordert klare Konzepte. Diese hat die derzeitige Regierung nicht. Pragmatische Lösungsvorschläge kommen lediglich von der SPD. Sie wird mit ihrer nun größeren Einwirkungsmöglichkeit über den Bundesrat auch dafür sorgen, daß die Schwächen der Regierung nicht wiederum einseitig zu Lasten der betroffenen Menschen gehen oder gar in eine neue Rüstungsspirale münden. Die Pläne von CSU/CDU und FDP, den Einsatz von Bundeswehreinheiten bei militärischen Konflikten auch außerhalb des NATO-Gebietes vorzusehen, lehnen wir ab. Zur Sicherung des Weltfriedens brauchen wir keine weiteren Golfkriege mit bundesdeutscher Beteiligung, sondern eine sozial verträgliche und auf Gerechtigkeit ausgerichtete Politik im Inneren und in den Beziehungen zwischen den Völkern. Das ist das Markenzeichen der SPD und das wollen auch die Menschen in unserem Land.

(-/5. Juni 1991/rs/fr/ks)

\*\*\*\*\*